

A N T R A G

**der Abg. Dennis Thering, Prof. Dr. Götz Wiese, Dr. Anke Frieling, David Erkalp,
Sandro Kappe (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Eine Agenda 2030 für Wachstum und Wohlstand – Aus Hamburg, für
Hamburg!**

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist alarmierend. Es braucht einen harten Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik – im Bundeskanzleramt und im Hamburger Rathaus. Nach über drei Jahren Ampel-Regierung unter Olaf Scholz steht Deutschland vor tiefgreifenden Herausforderungen: Eine schrumpfende Wirtschaft, deutliche gestiegene Insolvenzen, immer mehr gefährdete Arbeitsplätze und explodierende Energiekosten belasten Industrie, Handwerk, Mittelstand und Bürgerinnen und Bürger in Hamburg und über die Metropolregion hinaus. Das Konjunkturbarometer der Handelskammer Hamburg zum Ende des vierten Quartals 2024 zeigt glasklar: Hamburgs Wirtschaft stagniert weiter. Das zwölfte Quartal in Folge liegt das Geschäftsklima Anfang 2025 unterhalb des langfristigen Mittelwerts.

Mit der zweithöchsten Abgabenlast in Europa ist die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenso geschwächt wie die Attraktivität für dringend benötigte Fachkräfte nach Deutschland bzw. nach Hamburg zu kommen. Ob Start-up, Handwerksbetrieb, familiengeführte Firma oder Großunternehmen, sie alle leiden unter einer unverhältnismäßig hohen Steuerbelastung, die Investitionen hemmt, Innovationen ausbremst und die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze erschwert. Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts schwindet – die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stimmung hat einen Tiefpunkt erreicht. Deutschland ist Wachstumsschlusslicht aller OECD- und der G7-Staaten.

Doch in dieser schweren Krise liegt auch eine Chance. Deutschland wie auch Hamburg verfügen über ein starkes Fundament: wettbewerbsfähige und innovative Unternehmen, hochqualifizierte und engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einen breit aufgestellten Mittelstand, kluge und vorausschauende Gründerinnen und Gründer sowie über ein leistungsfähiges Handwerk. Mit der richtigen Politik kann dieses enorme Potenzial freigesetzt und die Weichen für wirtschaftliches Wachstum gestellt werden. Dies ist notwendig, um den Standort Hamburg nachhaltig zu stärken.

Es braucht jetzt eine klare, auf die Zukunft ausgerichtete Wirtschaftspolitik, die einerseits Leistung belohnt und Investitionen fördert und andererseits Bürokratie entschieden abbaut und staatliche Eingriffe begrenzt. Denn nur eine starke Wirtschaft kann sozialen Zusammenhalt, stabile Renten und nachhaltige Arbeitsplätze sichern.

Deutschland und Hamburg sollen wieder an der Spitze stehen, innerhalb der Europäischen Union aber auch weltweit: als Vorreiter bei Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz und Gesundheitstechnik, mit einem Hafen, der wieder eine führende Logistkdrehscheibe ist, als Standort für eine wettbewerbsfähige Industrie, die auf sicheren und bezahlbaren Energien basiert, und als Heimat innovativer Unternehmen, die neue Ideen in erfolgreiche Geschäftsmodelle umsetzen. Dafür muss die öffentliche Hand die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen und die Leistung der Fleißigen wieder in den Mittelpunkt politischen Handelns stellen.

Die hamburgische Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen und benötigt endlich die volle Unterstützung des Senats. Ziel muss es sein, konstant jährlich mindestens drei Prozent preisbereinigtes Wirtschaftswachstum zu kreieren, Wertschöpfung und Fortschritt spürbar zu erzielen und Wohlstand und sozialen Zusammenhalt langfristig in der Hansestadt zu sichern. Der Hamburger Senat ist gehalten, dem Negativtrend durch eine strategische Wirtschaftspolitik entschieden entgegenzutreten.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

I. Vor diesem Hintergrund wird der Senat aufgefordert,

1. sämtliche Wirtschafts-Förderprogramme der Freien und Hansestadt Hamburg auf ihre Effektivität zu überprüfen, sie ggf. anzupassen oder sie bei einer festgestellten Fehlsteuerung ganz abzuschaffen und die freiwerdenden Haushaltsmittel gezielt für Investitionen in die Infrastruktur einzusetzen;
2. sämtliche Antragsverfahren für die bestehenden Wirtschafts-Förderprogramme der Stadt konsequent zu entbürokratisieren und bestehende Nachweispflichten auf das gesetzliche Mindestmaß zurückzuführen;
3. die Attraktivität des Standorts Hamburg durch den Abbau von Bürokratie für Gründerinnen und Gründer von Unternehmen voranzutreiben. Es soll ein „Freihafen 2.0“ eingerichtet werden, der Gründerinnen und Gründer in der Startphase umfassend in Bezug auf bürokratische Vorschriften entlastet und unterstützt;

4. das Once-Only-Prinzips in Hamburg konsequent einzuführen und umzusetzen. Ziel muss es sein, Verwaltungsprozesse umfassend zu digitalisieren und zu vereinheitlichen, damit Handwerk, Mittelstand sowie Bürgerinnen und Bürger ihre Daten und Nachweise nur einmal an die Behörden übermitteln müssen. Die Hamburger Verwaltung soll diese Informationen zentral vorhalten und für weitere Verfahren nutzen, um Mehrfacherhebungen zu vermeiden, Bürokratie abzubauen und die Effizienz der Verwaltung zu steigern;
5. die Sanierung maroder Brücken und Kaimauern sowie den Ausbau der Hafen- und Verkehrsinfrastruktur mit Nachdruck anzugehen. Insbesondere die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Bereich Verkehr und Bau muss vorangetrieben werden, um wirtschaftliche Impulse zu setzen und die Infrastruktur nachhaltig zu stärken;
6. die Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens durch höhere Investitionen in die Kaimauern, die dazugehörige Hinterlandanbindung und Infrastruktur von Europas größtem Eisenbahnhofen nachhaltig zu stärken;

II. Der Senat wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass

7. die Sozialbeiträge die Marke von 40 Prozent nicht überschreiten;
8. die Stromsteuer dauerhaft auf das europäische Mindestmaß gesenkt wird und die Netzentgelte reduziert werden, um die Strompreise um mindestens 5 Cent pro kWh zu entlasten. Zur Finanzierung sollen CO₂-Einnahmen herangezogen werden. Zudem soll der grenzüberschreitende Netzausbau energisch vorangetrieben, die Synchronisierung von Netzen und Speichern verbessert und die Zusammenarbeit zwischen Verteilnetzbetreibern verstärkt werden, um eine kosteneffiziente und zukunftsfähige Energieinfrastruktur sicherzustellen;
9. das bisherige Bürgergeld abgeschafft und durch eine neue Grundsicherung ersetzt wird. Dabei muss das Leistungsprinzip sowie das Prinzip „Fördern und Fordern“ wieder in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Zuständigkeiten für die unterschiedlichen Sozialleistungen sind zu vereinheitlichen und zusammenzuführen;

10. die Grundfreibeträge jährlich angehoben werden, der Spitzensteuersatz erst ab einem Einkommen von 80.000 Euro greift und der Anstieg des Einkommensteuertarifs flacher verläuft, um die Einkommensteuerbelastung für die breite Bevölkerung deutlich zu reduzieren;
11. Überstundenzuschläge künftig steuerfrei gestellt werden, um freiwillige Mehrarbeit attraktiver zu gestalten und die Leistungsbereitschaft zu unterstützen;
12. eine Aktivrente eingeführt wird, die es Rentnern ermöglicht, durch freiwillige Weiterarbeit einen steuerfreien Verdienst von bis zu 2.000 Euro monatlich zu erarbeiten;
13. der Solidaritätszuschlag vollständig und endgültig abgeschafft wird;
14. die Gewerbesteuer vereinfacht wird, indem das für den Unternehmenssitz zuständige Finanzamt künftig das gesamte Verfahren zentral abwickelt und die Steuereinnahmen aufkommensneutral an die Standortkommunen verteilt werden,
15. die Körperschaftssteuer schrittweise auf 10 Prozent reduziert wird;
16. eine digitale Bundesagentur für Fachkräfteeinwanderung eingerichtet wird. Diese soll als zentrale Anlaufstelle für ausländische Fachkräfte fungieren und den gesamten Prozess von der Anwerbung, der Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen, der Arbeitsplatzvermittlung, der Prüfung von Einreisevoraussetzungen bis hin zur Vergabe von Aufenthaltstiteln digital effizient abwickeln, um die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte zu erleichtern und den Wirtschaftsstandort zu stärken.
17. der Bürgerschaft bis zum 31.05.2025 berichtet wird.